

OSTTHÜRINGER Zeitung

Soziale Initiative will Antragsrecht einfordern

Constanze Truschzinski beschwert sich, weil Antrag der Sozialen Initiative nicht auf der Tagesordnung im Stadtrat war



Constanze Truschzinski beschwert sich, weil Antrag der Sozialen Initiative nicht auf der Tagesordnung im Stadtrat war.

Pößneck. Constanze Truschzinski, Stadträtin der Sozialen Initiative Pößneck und als solche eine Einzelkämpferin, bezeichnet die "Einschränkung der Mitwirkungsrechte im Pößnecker Stadtrat für die Soziale Initiative Pößneck" als "nicht hinnehmbar." Zum wiederholten Male sei ein Antrag der Sozialen Initiative Pößneck zur Pößnecker Stadtratsitzung seitens des Bürgermeisters [Michael Modde](#) (FDP/Freie Wähler) nicht zugelassen worden und gelangte dadurch nicht auf die Tagesordnung der Sitzung.

"Die Regelungen in der Thüringer Kommunalordnung sind positives Recht und bieten Spielräume für die Behandlung von Angelegenheiten im Stadtrat," so Truschzinski. Auch wenn eine aktuelle Stunde nicht explizit geregelt sei, so könne eine Angelegenheit im Stadtrat auch ohne Beschlusstext beraten und beantragt werden, so die Argumentation.

Diesmal sollte mit dem Antrag der Sozialen Initiative Pößneck der Bürgermeister beauftragt werden, eine Nutzungsvereinbarung zu den Themengärten im Lutschgenpark mit dem Verein Pößnecker Alternativer Freiraum e."V. abzuschließen. Es sollte eine dauerhafte Vereinbarung getroffen werden, die über die jetzigen Regelungen der Benutzerordnung hinaus gehend beraten werden sollte, so die Antragstellerin.

"Eine formelle Ablehnung des Antrages ist nicht gerechtfertigt, da der Stadtrat selbstverständlich und zu jeder Zeit das Recht hat, eine bestehende Verordnung in ihren Inhalten zu prüfen, zu beraten und zu verändern", so Truschzinski. Somit sei die formelle Ablehnung des Antrages "ein Einschnitt in das Antrags- und Gestaltungsrecht von Stadträten zu allen Angelegenheiten der Stadt Pößneck".

Die Ablehnung des Antrages schränkte das Initiativrecht der Sozialen Initiative Pößneck als Minderheit im Pößnecker Stadtrat ein, meint Constanze Truschzinski. "Dabei gewährleistet das Initiativrecht nach Paragraph 35 (4) Satz 2 ThürKO als einfachgesetzliche Regelung mit der Konkretisierung des aus Artikel 28 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG abgeleiteten Mindestschutzes von politischen Minderheiten."

"Ich fordere den Landrat [Thomas Fügmann](#) (CDU) als Rechtsaufsichtsbehörde auf, darauf hinzuwirken, dass die Soziale Initiative Pöbneck ihre Minderheitenrechte und das Initiativrecht in Zukunft uneingeschränkt wahrnehmen kann," schreibt die Pöbnecker Stadträtin in ihrer Erklärung.

Nach Auskunft von Udo Schäfer, Jurist und Hauptamtsleiter der Stadtverwaltung Pöbneck, in der Stadtratssitzung sei der Antrag der Sozialen Initiative Pöbneck vorgeprüft und dessen Inhalt als "Angelegenheit der laufenden Verwaltung" bewertet worden. Schließlich gebe es für den Bereich eine gültige Nutzungsordnung.

Der Verein Pöbneck Alternativer Freiraum will künftig und regelmäßig Freiluftveranstaltungen im Bereich der Themengärten im Lutschgenpark durchführen und bietet die Pflege der Hochbeete an. "Die Stadt ist mit dem Verein im Gespräch und steht dem Vorhaben positiv gegenüber," erklärte Bürgermeister [Michael Modde](#) .

18.03.14 / OTZ